



Landesverteidigungsakademie
Wien

NEUE BEDROHUNGSFORMEN TERRORISMUS – QUO VADIS?

Anton Dengg

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 liegen beinahe zehn Jahre zurück, doch der jüngste Anschlag in Moskau zeigt, dass sie unverändert eine konkrete Bedrohung darstellen. Dabei ist zu erkennen, dass Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung greifen und die internationale Zusammenarbeit zwischen Sicherheitskräften verstärkt wurde. Erkennbar ist aber auch, dass Europa unverändert Ziel und Schauplatz von Terrorismus ist. Terrorbekämpfung und -bewältigung stellen somit zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen für Europa dar.

Geänderte terroristische Zielsetzung

Ab den 1970er Jahren wurden Staaten vom politisch-ideologisch geprägten internationalen Terrorismus herausgefordert. Als Beispiel gilt der Anschlag bei den Olympischen Spielen in München 1972 oder der Anschlag auf den Wiener Flughafen 1985. Ab 2001 sorgten hauptsächlich Akteure des religiös geprägten transnationalen Terrorismus weltweit für Angst und Schrecken. Anschläge im Westen werden mit zwei Zielen gerechtfertigt:

- Den Einfluss der liberalen Welt (des Westens) in islamischen Ländern zurückdrängen,
- die (vermeintliche) Diskriminierung und Unterdrückung von Muslimen zu rächen bzw. zu beenden.

Die Wirtschaftskrise zeigt gesellschaftliche Auswirkungen in Form politischer Unzufriedenheit, die in Massenproteste und das Aufkommen von radikalen politischen Gruppierungen mündet. Budgetpolitische Sparzwänge unterstützen populistische Argumente radikaler Kleingruppen, die zum Widerstand mit terroristischen Mitteln aufrufen.

Terroranschläge der 1970er Jahre unterscheiden sich von jenen nach 2001 nicht nur hinsichtlich ihrer dogmatischen Ziele, sondern vor allem bezüglich der Wahl der Opfer. Möglichst viele Getötete und Verletzte folgen dem Kalkül, Angst und Schrecken zu verbreiten. Waren es vormals Repräsentanten staatlicher Institutionen, kann gegenwärtig jeder zum Opfer eines Terroranschlages werden, ungeachtet seiner Funktion oder Herkunft.

Zahlen, Daten, Fakten

Die Terroranschläge von Madrid 2004 und London 2005 zeigen die Problematik der Früherkennung von Anschlagsvorbereitungen. Kleine, nicht im Visier von Sicherheitskräften stehende Terrornetzwerke werden immer öfter Akteure im Terrorismus. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer Kooperation von Sicherheitskräften. Denn nur umfangreiche Zusammenarbeit ermöglicht ein detailliertes Bild terroristischer Netzwerke, um damit weitere Anschläge zu vereiteln. Als Beleg für die Kooperationsbestrebungen in der EU dienen laut *Europol Annual Report 2006* die erhöhten Beschäftigungszahlen bei Europol.

IFK Monitor
Februar 2011



Öffentlich zugängliche Statistiken auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung einzelner EU-Staaten lassen auf eine intensiviertere Zusammenarbeit und ein verbessertes Vertrauensverhältnis beim Informationsaustausch zwischen staatlichen und internationalen Institutionen schließen.

Im *EU Terrorism Situation and Trend Report 2010* (TE-SAT) konstatiert Europol eine ernsthafte Bedrohung durch islamistischen, ethno-nationalistischen, separatistischen, linksgerichteten sowie anarchistischen Terrorismus. Es gab 2009 allerdings mehr Verurteilungen wegen separatistischen als islamistischen Terrorismus, dennoch wird der islamistische Terrorismus von den meisten Mitgliedsländern der EU als größte Bedrohung eingestuft. Der Grund dafür ist in der Methode islamistischer Terroristen zu verorten: die Maximierung von Zerstörung und Todesopfern. Akteure anderer Terrorismusformen kündigen dagegen ihre Anschläge zumeist an. Zweck ist, Aufmerksamkeit zu erreichen und ihr Anliegen auf die nationale und/oder internationale Ebene zu heben. Das gezielte Töten von Menschen steht dabei nicht im Vordergrund.

Allein 2009 meldeten sechs EU-Mitgliedsländer insgesamt 294 versuchte, misslungene oder fehlgeschlagene Terroranschläge. Großbritannien (GB) berichtete von weiteren 124 Anschlägen in Nordirland. In insgesamt 13 Mitgliedsstaaten (ausgenommen GB) wurden 587 des Terrorismus verdächtige Personen festgenommen. 2007 gab es in neun EU-Mitgliedsländern insgesamt 583 gescheiterte, vereitelte oder durchgeführte Terroranschläge; 1044 Terrorverdächtige wurden in 16 Mitgliedsländern (inklusive GB) festgenommen. Diese Daten belegen zwar einen Abwärtstrend, sind aber dennoch besorgniserregend. Nicht klar ist, ob dieser Trend auf eine steigende Effizienz der Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist. Die Anschläge zeigen, dass bereits eine kleine radikale Gruppierung wie z.B. bei den Anschlägen in London 2005 viele Todesopfer und enorme Schäden, mit unvorhersehbaren Auswirkungen auf die Gesellschaftssysteme, erzeugen kann. So stiegen z.B. nach Angaben einer Studie der *Europäischen Stelle zur Beobachtung von*

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) nach den Bombenanschlägen vom 7. Juli 2005 in London die Übergriffe auf die muslimische Gemeinschaft in Teilen Großbritanniens sprunghaft an. Als aber führende Persönlichkeiten aus Politik und Religion die Anschläge verurteilten und grundsätzlich für Muslime eintraten, sank die Anzahl der Vorfälle. Dies verdeutlicht die Wichtigkeit einer raschen und klaren politischen Reaktion.

Motivlage im gegenwärtigen Terrorismus

Europol kommt im TE-SAT 2010 zum Schluss, dass bei den meisten Gruppierungen eine Mischung aus unterschiedlichen ideologischen Motiven zum Tragen kommt.

2009 wurden von den erwähnten 587 Festgenommenen 110 des islamistischen Terrorismus bezichtigt. Dies sind nahezu 19 Prozent aller Festgenommenen, bedeutet jedoch eine Abnahme von 41% gegenüber 2008. Die Mitgliedschaft in terroristischen Organisationen oder die Finanzierung von Terrorismus sind die häufigsten Gründe für die Festnahmen.

Bei islamistisch motivierten Attentätern, Gruppierungen und Organisationen gibt es unterschiedliche Interpretationen des Islam, um ihre Anschläge zu rechtfertigen. Dennoch sind global einheitliche Beweggründe zu erkennen:

1. Es werden keine fremden Soldaten in muslimischen Ländern geduldet.
2. Der Kampf wird gegen die „Tyrannei der USA und deren Verbündete“ vorrangig im Irak und in Afghanistan geführt.
3. Jede Diskriminierung von Muslimen sowie islamischer Normen und Regeln soll unterbunden bzw. gerächt werden.

Dass die Attentäter auf ein mehrheitliches Unverständnis der muslimischen Gesellschaft stoßen und die Opferzahlen größtenteils auf ziviler muslimischer Seite zu beklagen sind, scheint die islamistischen Ideologen nicht sonderlich zu irritieren und bringt ihre indoktrinierten Anhänger kaum zum Umdenken. Die Opferzahlen im Irak verdeutlichen dies nur allzu gut.

Die Tatsache, dass 30 Prozent aller 2009 festgenommenen Terroristen EU-Staatsbürger waren, führt die verstärkte Problematik so genannter *Homegrown*-Terroristen vor Augen. Diese Kategorie von Terroristen beziffert Europol bereits mit einem Fünftel aller Festgenommenen.

Eine allgemein anerkannte Definition des Begriffs *Homegrown*-Terrorist gibt es nicht. Zusammengefasst wird unter einem *Homegrown*-Terroristen verstanden: ein gut integrierter, zumeist junger Staatsbürger mit Migrationshintergrund, der sich aufgrund verschiedener Motive mit anderen zusammenschließt, die sich gruppenintern radikalieren oder fremdradikalisiert werden. Indoktriniert mit radikalem Gedankengut fassen sie den Entschluss, sich durch Anschläge aufgrund eines subjektiven Unrechtsempfindens zu rächen. Schwieriger gestaltet sich die Frage nach der Definition eines *Homegrown*-Terroristen in jenen Fällen, in denen sich z.B. ein deutscher Konvertit radikalisiert, sich im Ausland einer terroristischen Dschihadbewegung anschließt, dort kämpft und nebenbei seinem vormaligen Heimatland mit Anschlägen droht. Der Fall des Abdul Ghaffar El-Almani, alias Eric Breininger, verdeutlicht diese Problematik.

Einen niedrigen Bildungsgrad bei Terroristen anzunehmen oder eine fehlgeschlagene Integrationspolitik als Erklärungsmodell für Terrorismus heranzuziehen, greift zu kurz, da Anschläge in Europa von gebildeten und offensichtlich integrierten Menschen vorbereitet und durchgeführt werden.

Beispiele von Anschlägen/Anschlagsmustern

Mitte Oktober 2009 zündete ein seit sieben Jahren in Italien lebender Libyer am Tor einer Mailänder Kaserne einen mit Sprengsatz versehenen Koffer. Die Detonation verletzte den Attentäter schwer und einen Wachsoldaten leicht. Das Motiv war unklar.

Ende März 2010 forderten Selbstmordanschläge in einer U-Bahn in Moskau mindestens 40 Menschenleben, mehr als 100 wurden verletzt. Tschetschenische Extremisten bekannten sich zu den Anschlägen.

Anfang November 2010 wurden insgesamt 14 Paketbomben an diplomatische Vertretungen in Athen, europäische Vertretungen wie z.B. den Europäischen Gerichtshof und die Europol sowie an europäische Regierungschefs versandt. In einem im Internet verbreiteten Bekennerschreiben übernahm die linksextreme Untergrundorganisation *Verschwörung der Feuerzellen* (SPF) die Verantwortung für die Anschläge. Diese Gruppe ist bereits seit 2008 für mehrere Anschläge verantwortlich, unter anderem für einen Brandanschlag auf ein Büro der französischen Nachrichtenagentur in Athen.

Ende November 2010 wurden bei Razzien in Belgien, den Niederlanden und Deutschland mehrere Personen festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, Dschihadisten für den Kampf in Afghanistan, im Irak und in Tschetschenien angeworben und Anschläge in Europa vorbereitet zu haben. Als Motiv ist die Unterstützung des dschihadistischen Kampfes in Krisenregionen festzumachen.

Am 11. Dezember 2010 explodierte eine Autobombe in einer belebten Einkaufsstraße in der Innenstadt Stockholms. Technisch waren die verwendeten Sprengsätze äußerst einfacher Bauart. Die Taktik, eine hohe Opferzahl zu erreichen, erinnert an ähnliche misslungene Vorfälle in London 2007 und New York 2010. Unweit des ersten Anschlags in Stockholm sprengte sich kurz danach ein Selbstmordattentäter in die Luft – der erste Selbstmordanschlag in Schweden. Der menschliche wie auch ökonomische Schaden war aufgrund einer Fehlfunktion bei den Bomben relativ gering. Als Attentäter, der beide Sprengsätze gebaut haben dürfte, wurde von den Sicherheitskräften ein 28-jähriger irakischstämmiger Schwede identifiziert. Ehemalige Nachbarn beschrieben den ausgebildeten Physiotherapeuten als liebevollen Vater. Kurz vor den Anschlägen wurden E-Mails mit seinen Beweggründen für die Anschläge an die schwedische Polizei gesandt:

- Rache für das militärische Engagement Schwedens in Afghanistan;

- Vergeltung für die Inaktivität Schwedens nach der Mohammeddarstellung durch den Karikaturisten Lars Vilks und
- Aufruf an alle Mudschahidin, sich gegen Schweden und Europa zu erheben.

Amtliche Publikation der Republik Österreich Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS,
Roßauer Lände 1,
1090 Wien

Redaktion:
BMLVS, Landesverteidigungsakademie Wien,
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteur:
Walter Feichtinger
Anton Dengg

Erscheinungsjahr:
2011

Druck:
BMLVS/ReproZ Wien
ReproZ Wien 454/11

Das Auffälligste an den Motiven ist, dass es sich ausschließlich um internationale bzw. religiöse Beweggründe handelt – es finden sich keine Anzeichen für Frustration wegen einer verfehlten Integrationspolitik. Die Tat eines Einzeltäters gilt als unwahrscheinlich, auch wenn sich bisher noch keine Organisation zu den Anschlägen bekannte. Neueste Spuren führen aber in den Irak.

Kurz vor Weihnachten 2010 detonierte jeweils eine Briefbombe in der Schweizer und chilenischen Botschaft in Rom und verletzte zwei Botschaftsangehörige schwer. Eine italienische anarchistische Gruppierung mit dem Namen *Federazione Anarchica Informale* (FAI) bekannte sich zu den Anschlägen. In einem Schreiben nannte sie als Motiv, Herrschaftssysteme generell zerstören zu wollen.

Nach Weihnachten 2010 wurden in diversen diplomatischen Vertretungen in Rom (Albanien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Monaco und Venezuela) Paketbomben gemeldet, die sich aber als ungefährlich herausstellten. Der Zweck dürfte gewesen sein, Unruhe und Panik zu verbreiten. Als Motiv wird der Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung angeführt und diese Forderung bekannt zu machen.

Ende Dezember 2010 explodierte vor einem Gericht in Athen eine auf einem Motorrad montierte Bombe. Aufgrund einer telefonischen Vorwarnung konnte das Gebiet evakuiert werden. Es entstand zwar größerer Sachschaden, Todesopfer waren aber nicht zu beklagen. Vor dem Anschlag gab es eine Warnung, was die Vermutung nahelegt, dass kein islamistischer Hintergrund bestand.

Ein Terrorattentat auf dem Moskauer Flughafen Domodedowo am 24. Jänner 2011 forderte mindestens 35 Todesopfer und über 100 Verletzte. Informationen über ein Bekenner schreiben oder ein Motiv liegen bisher nicht vor.

Erkenntnisse und Folgerungen

- Sogenannte *Homegrown*-Terroristen stellen eine steigende Herausforderung dar. Die Staatszugehörigkeit ist dabei unerheblich. Wesentlich ist lediglich die Möglichkeit einer Indoktrination, der entgegengewirkt werden muss.
- Soziale und ökonomische Unzufriedenheit können die Basis für neue Formen extremistischer Kleingruppen mit terroristischen Tendenzen bilden. Diesen Spannungen gilt es zu begegnen.
- Ausformungen des Terrorismus und dessen Aktivitäten unterliegen einer ständigen Transformation. Gegenwärtig steht der religiös motivierte Terrorismus im Vordergrund. Zukünftig scheint der politisch motivierte Terrorismus an Bedeutung zu gewinnen. Eine zunehmende Bedrohung durch ein Wiederaufkeimen des nationalen Terrorismus ist nicht auszuschließen.
- Strukturierte nicht-staatliche Gewalt durch kleinste Terrorgruppierungen stellt zunehmend eine Bedrohung dar. Dem ist politisch vermehrt Augenmerk zu schenken, entsprechende Reaktionsmodelle sind zu entwerfen.
- Jeder Staat, der sich aktiv im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement und insbesondere militärisch engagiert, unterliegt einer potenziellen Gefährdung.
- Neue Kommunikationsformen im Internet erleichtern das Verbreiten radikaler Ideen und von Forderungen sowie Indoktrinierung und Rekrutierung.
- Die Indoktrinierung von Individuen mit radikalem Gedankengut stellt die größte Gefahr für westliche Staaten dar. Hier sind wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse und Gegenmaßnahmen erforderlich.
- Es besteht die Gefahr, dass europäische Staaten vermehrt zu terroristischen Angriffszielen werden. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung kann dabei zu einer bedeuteten Aufgabe werden.
- Um pauschale Schuldzuweisungen zu vermeiden ist ein aktives Informationsmanagement zu betreiben.
- Eine verstärkte innerstaatliche und zwischenstaatliche Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung und -bewältigung ist geboten.

IFK Monitor
Februar 2011